

Fragen

für die Fragestunde der 218. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 30. Januar 2013

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aken, Jan van (DIE LINKE.)	48, 49	Kieckbusch, Susanne (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 63	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 74
Becker, Dirk (SPD)	37, 38	Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	19, 20
Beckmeyer, Uwe (SPD)	6, 7	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 32
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 62	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	9, 69	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	39, 40
Bollmann, Gerd (SPD)	11, 12	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	22, 52
Bülow, Marco (SPD)	33, 34	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	30, 31
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	70	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 73	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	50, 51	Dr. Raabe, Sascha (SPD)	23, 24
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	27	Röspel, René (SPD)	21, 71
Herzog, Gustav (SPD)	3, 4	Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	25, 26
Höger, Inge (DIE LINKE.)	75	Schwabe, Frank (SPD)	17, 18
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 61	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	67, 68
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	65, 66	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 56
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	64, 78
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	28, 29	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	76, 77
Kelber, Ulrich (SPD)	13, 14	Wolff, Waltraud (Wolmirstedt) (SPD)	8, 72
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	19

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

1. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie schätzt die Bundesregierung die derzeit auf europäischer Ebene umstrittene rechtliche Situation zum grenzüberschreitenden Verkehr mit so genannten Gigalinern für den Transitverkehr an der deutschen Grenze ein, und in welcher Weise wird sie in dieser Frage aktiv?

2. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Mit welchen Zielsetzungen und in welcher Weise (insbesondere mit welchen Vertretern) hat das Bundeskanzleramt nach dem 9. Januar 2013 im Hinblick auf das 4. Eisenbahnpaket bei der EU-Kommission interveniert?

3. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD) Werden im Rahmen des neuen Bundesverkehrsweegeplans aufgenommene Investitionsmaßnahmen in das Schienenwegenetz nach geltender Rechtslage, also unter Berücksichtigung des Schienenbonus, geplant und kalkuliert, oder erfolgt die Bewertung mit Vorgriff auf die zukünftige Rechtslage, also ohne Schienenbonus, der mit Inkrafttreten des Bundes-schienenwegeausbaugesetzes abgeschafft werden soll?

4. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD) Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt im neuen Bundesverkehrsweegeplan die Kalkulation einer dort aufgenommenen Investitionsmaßnahme in das Schienenwegenetz für den Fall, dass ohne den Schienenbonus kalkuliert wird, und hat die Bundesregierung die verantwortlichen Bauträger hierüber bereits informiert?

5. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg zur sogenannten Wannseeroute, und welche Auswirkungen hat diese Entscheidung aus Sicht der Bundesregierung auf die anderen bereits festgelegten An- und Abflugverfahren?

6. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD) Welchen Inhalt hatten die Stellungnahmen, die beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu dem im Dezember 2012 an Länder und Verbände gesandten Entwurf eines Gesetzes zur

Anpassung der Zuständigkeiten der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen an die Neuordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes mit Frist zum 15. Januar 2013 eingereicht wurden, und welche der darin enthaltenen Kritikpunkte wird die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf berücksichtigen?*

7. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD)
- Welche Bundesländer haben in der Folge des Gespräches zwischen dem Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Michael Odenwald, und Vertretern der Länder am 29. November 2012 weiteren Abstimmungsbedarf hinsichtlich der Frage der künftigen Neuordnung des Bundeswasserstraßennetzes bzw. des Umbaus der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes angemeldet und mit welchem Inhalt?
8. Abgeordnete
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
(SPD)
- Welche Maßnahmen schlägt die Bundesregierung über die 2010/2011 im Sektor Verkehr beschlossenen Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen hinaus in Anbetracht der Aussage des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, vor, dass das Klimaziel der Bundesregierung von minus 40 Prozent bis zum Jahr 2020 angesichts der Trendentwicklung der CO₂-Emissionen (NIR 2013) zusätzliches Handeln erfordert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

9. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welche nach medizinischen und technischen Erkenntnissen festgelegten Strahlungsvorsorgewerte (nicht Grenzwerte) sind bei der Errichtung von Anlagen vom auf TETRA-Standard basierenden BOS-Digitalfunk genehmigungsrelevant, um eine Gesundheitsgefährdung von Anwohnern auszuschließen, die im Strahlungskorridor zweier Funkmasten leben, und wie wird die Einhaltung von Strahlungsvorsorge- und Grenzwerten vor und nach der Errichtung und Inbetriebnahme von Funkmasten überprüft?

* Siehe auch Frage 72.

-
10. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist das Zusätzliche Nachwärmeabfuhr- und Einspeisesystem (ZUNA) im Atomkraftwerk Gundremmingen unter den für Auslegungsstörfälle geltenden Analyserandbedingungen (z. B. Einzelfehlerkonzept) zur Beherrschung von Auslegungsstörfällen erforderlich, und falls ja, bei welchen?
11. Abgeordneter
**Gerd
Bollmann**
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Umsetzung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, insbesondere bezüglich der Zulassung bzw. des Verbotes von gewerblichen Sammlungen, ein?
12. Abgeordneter
**Gerd
Bollmann**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es für die Umsetzung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes im Bereich der Zulassung von gewerblichen und gemeinnützigen Sammlungen einer bundeseinheitlichen Durchführungsverordnung bedarf, und wenn ja, wann kommt diese?
13. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Was konkret plant die Bundesregierung im Club der Energiewendestaaten, und welche Staaten wurden bisher auf eine Mitgliedschaft angesprochen bzw. aufgenommen?
14. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Was genau soll der Unterschied zwischen dem Club der Energiewendestaaten und IRENA sein, und welche ersten Schritte des Clubs sind geplant?
15. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte plant die Bundesregierung nach der versuchten Gründung des seit dem Sommer 2012 geplanten Clubs der Energiewendestaaten am Rande der IRENA-Jahrestagung in Abu Dhabi, um die geplante Allianz ins Leben zu rufen, und wann ist mit der Vorlage eines Konzeptes zu rechnen, das dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages für Mitte Januar 2013 versprochen wurde?
16. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten klimapolitischen Ergebnisse sollen mit dem geplanten Club der Energiewendestaaten erzielt werden, und worin sieht die Bundesregierung den Mehrwert der geplanten Allianz im Vergleich zu bestehenden Institutionen und Initiativen?

17. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD) Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, damit der EU-Emissionshandel deutlich mehr Anreize für den Klimaschutz in Deutschland setzt?
18. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD) Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um die EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard bei ihren Vorstellungen zur Reform des Emissionshandels zu unterstützen?
19. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD) Warum führt die Bundesregierung kein Klimaschutzgesetz ein, wenn die Erkenntnis in der Bundesregierung besteht, dass „zusätzliches Handeln“ notwendig ist, um das Klimaschutzziel von minus 40 Prozent bis zum Jahr 2020 zu erreichen (vgl. die Aussage des Bundesministers Peter Altmaier in der Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 15. Januar 2013)?
20. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung beispielsweise des Umweltbundesamtes über die Existenz von klima- und umweltschädlichen Subventionen, und wenn ja, welche Maßnahmen will sie ergreifen, um diese abzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

21. Abgeordneter
René Röspel
(SPD) Welchen Verbesserungsbedarf sieht die Bundesregierung aktuell an der Arbeit des ITER-Konsortiums, welchen der Staatssekretär Dr. Georg Schütte auf dem Wettbewerbsrat am 10./11. Dezember 2012 laut der Nachschau der Bundesregierung auf die Tagung des Rates der Europäischen Union zur Wettbewerbsfähigkeit (Ausschussdrucksache 17(18)351) angemahnt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

22. Abgeordneter
**Niema
Movassat
(DIE LINKE.)**
- Welches genaue Ziel, welches nicht auch schon die bestehenden Organisationen der Zivilgesellschaft über die existierenden Förderinstrumente (Engagement Global, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer, Auswärtiges Amt etc.) umsetzen könnten, verfolgt die Bundesregierung mit ihrer neuen millionenschweren Afrika-Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für das sie den Trägerverein Stiftung Partnerschaft mit Afrika e. V. auserkoren hat, dem ein Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers vom Oktober 2012 bescheinigt, eine ordnungsgemäße finanzielle Abwicklung der BMZ-Fördermittel nicht gewährleisten zu können, und wie verhält sich die Bundesregierung zu dem Vorwurf, dass die Auswahl der Partnerorganisationen sowohl in Deutschland wie auch in den Partnerländern äußerst intransparent und ohne Beteiligung der bisher aktivsten und effizientesten Vereine und Trägerstrukturen auf dem Gebiet der Zusammenarbeit mit Afrika verlief?
23. Abgeordneter
**Dr. Sascha
Raabe
(SPD)**
- Aufgrund welcher Kriterien und wessen Empfehlungen bzw. welcher öffentlichen Ausschreibung erfolgte die Entscheidung der Leitung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zugunsten der Stiftung Partnerschaft mit Afrika e. V. für die Umsetzung der BMZ-Afrika-Initiative, und aus welchen Personen und Institutionen setzt sich die Initiative zusammen?
24. Abgeordneter
**Dr. Sascha
Raabe
(SPD)**
- Welche Konsequenzen zieht der Bundesminister Dirk Niebel aus dem offenbar negativen Ergebnis des Gutachtens der Firma PricewaterhouseCoopers, das der Stiftung Partnerschaft mit Afrika e. V. eine ordnungsgemäße finanzielle Abwicklung des 8-Millionen-Zuschusses für die Umsetzung der BMZ-Afrika-Initiative abspricht?

25. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD)
- Mit welchem finanziellen Umfang findet die Qualifizierung von Mitarbeitern in Textilfabriken in Bangladesch durch die Firma Lidl mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH statt, und wie sind dabei die Kosten zwischen der Firma Lidl und der GIZ aufgeteilt?
26. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD)
- Wie viele Unternehmen nehmen derartige Beratungsleistungen der GIZ wahr, und wie viele Beschäftigte wurden bereits qualifiziert?
27. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie plant die Bundesregierung, die rund 1,6 Mio. Euro für den ersten Deutschen Entwicklungstag Ende Mai 2013 einzusetzen, und wie begründet sie, dass die Wahl des Veranstaltungsortes auf Heidelberg, den Wahlkreis des Bundesministers Dirk Niebel, fiel (siehe SPIEGEL ONLINE, 20. Januar 2013)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

28. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung mit Blick auf die Weltfunkkonferenz 2015 einschließlich der Vorbereitungskonferenzen, und wie wird sie im Vorfeld die Interessen aller Beteiligten erfassen und berücksichtigen?
29. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung nach dem Ausstieg der Mediengruppe RTL Deutschland aus dem terrestrischen Fernsehen die Zukunft von Rundfunkangeboten über DVB-T und perspektivisch über DVB-T2?

30. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Plant die Bundesregierung, die Forderung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel nach „Ertüchtigung von Regionalorganisationen“, die sie in ihrer Strausberger Rede vom 22. Oktober 2012 erhoben hat, umzusetzen und die Regionalorganisation ECOWAS mit Rüstungsgütern zu unterstützen, und wenn ja, um welche Rüstungsgüter handelt es sich?
31. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung den Endverbleib dieser Rüstungsgüter praktisch sicherstellen und verhindern, dass diese an Unbefugte weitergegeben werden?
32. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Umgang mit dem Vertrag von Almelo wie zum Beispiel reine Auflösung, Ablösung durch anderweitigen Vertrag, Novellierung etc. strebt die Bundesregierung aktuell an – insbesondere für den Fall eines Verkaufs des Anteils der deutschen Uranit GmbH am Urananreicherungsunternehmen Urenco GmbH an ein ausländisches Unternehmen/Konsortium etc. – (bitte mit Begründung), und welche künftigen Termine im Zusammenhang mit der Urenco GmbH, an denen Bundesbehörden teilnehmen werden, sind aktuell festgelegt (also beispielsweise interministerielle Treffen oder Treffen mit der Uranit GmbH, E.ON und RWE oder Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses mit Großbritannien und den Niederlanden; bitte mit Datum)?
33. Abgeordneter
Marco Bülow
(SPD)
- War das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in irgendeiner Form an der Entscheidung beteiligt, auch weiterhin für den Export von Nukleartechnik und damit auch für den Bau von Atomkraftwerken im Ausland zu bürgen, und wenn das BMU konsultiert wurde, welche Einwände, Stellungnahmen oder anderen Hinweise hat es zu der Thematik vorgebracht?
34. Abgeordneter
Marco Bülow
(SPD)
- Welche Gründe veranlassen die Bundesregierung in Hinsicht darauf, dass sie nach Fukushima zu dem Schluss gekommen ist, aus Gründen der Sicherheit aus der Atomenergie auszusteigen, nach wie vor auf Umweltschutzziele bei der Vergabe von Bürgschaften zu verzichten und folglich gegebenenfalls auch den Export von Nukleartechnik und damit auch den Bau von Atomkraftwerken im Ausland abzusichern, wenn man davon ausgeht, dass eine Nichtvergabe von Bürgschaften für den Export von Nukleartechnik

nik keinerlei Einmischung in die souveräne Entscheidung anderer Staaten über die Ausgestaltung ihrer Energiepolitik und ihres Energiemixes darstellt?

35. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der inhaltliche bzw. konzeptionelle Sachstand bezüglich der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, die vom Netzausbau unmittelbar betroffen sind und durch eine sogenannte Bürgerdividende am Gewinn durch den Leitungsausbau profitieren sollen, vor dem Hintergrund des Thesenpapiers zur Bürgerdividende Netzausbau des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, sowie der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Anlagemöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern beim Netzausbau“ (Bundestagsdrucksache 17/11626), und welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung hierbei?
36. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag den nach § 3 des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) seit dem 1. Oktober 2012 fälligen Fortschrittsbericht zum Ausbau der Höchstspannungsnetze vorlegen, vor dem Hintergrund, dass die Bundesnetzagentur die Prüfung des Netzentwicklungsplans inzwischen abgeschlossen hat, was die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 79, Plenarprotokoll 17/210, als Grund für die Verzögerung angegeben hat, und was sind die Gründe für die weitere Verspätung?
37. Abgeordneter
**Dirk
Becker**
(SPD)
- Welche Maßnahmen schlägt die Bundesregierung über die 2010/2011 im Sektor Energiewirtschaft/Strom beschlossenen Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen hinaus in Anbetracht der Aussage des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, vor, dass das Klimaziel der Bundesregierung von minus 40 Prozent bis zum Jahr 2020 angesichts der Trendentwicklung der CO₂-Emissionen (NIR 2013) zusätzliches Handeln erfordert?
38. Abgeordneter
**Dirk
Becker**
(SPD)
- Welche Maßnahmen schlägt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang über die 2010/2011 im Sektor Energiewirtschaft/Wärme beschlossenen Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen hinaus vor?

39. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD)
- Welche Maßnahmen schlägt die Bundesregierung über die 2010/2011 im Sektor Industrieprozesse beschlossenen Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen hinaus, in Anbetracht der Aussage des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, vor, dass das Klimaziel der Bundesregierung von minus 40 Prozent bis zum Jahr 2020 angesichts der Trendentwicklung der CO₂-Emissionen (NIR 2013) zusätzliches Handeln erfordert?
40. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD)
- Welche politischen Anstrengungen im Bereich Energieeffizienz wird die Bundesregierung zusätzlich unternehmen, wenn, wie in der „FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND“ vom 18. Oktober 2011 vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eingeräumt, das Etappenziel einer Reduktion der Treibhausgasemissionen von 40 Prozent bis 2020 „kein Selbstläufer“ ist und die deutschen Unternehmen anstelle einer Senkung von 2,65 Prozent pro Jahr zurzeit nur eine Senkung von 1,3 Prozent aufweisen können?
41. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich der Markt für E-Zigaretten in den letzten Jahren in Deutschland entwickelt, und wie hoch waren die durch den Umstieg von Raucherinnen und Rauchern auf E-Zigaretten bedingten Tabaksteuerausfälle (nach Jahren für die letzten fünf Jahre)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

42. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern plant die Bundesregierung, sich an der Ausbildung von Truppen aus ECOWAS-Staaten, die für den Einsatz in Mali vorgesehen sind, zu beteiligen, wie es der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, in der Sendung „Anne Will“ am 23. Januar 2013 angekündigt hat, und in welchem rechtlichen Rahmen soll eine solche Ausbildungsmission stattfinden?

43. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung hinsichtlich Berichten über von malischen Soldaten an Zivilisten verübten Menschenrechtsverletzungen im Zuge der französischen Militärintervention, und welche Konsequenzen zieht sie daraus für die EU-Ausbildungsmission EUTM Mali?
44. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Setzt sich die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch malische Rebellen und malische Regierungstruppen dafür ein, Menschenrechtsbeobachter nach Mali zu entsenden, und wenn ja, wie plant die Bundesregierung, eine solche Beobachtungsmission zu unterstützen?
45. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Anzahl der willkürlichen Hinrichtungen, Vergewaltigungen und Opfer dieser Gewalttaten, die nach Angaben der Internationalen Vereinigung für Menschenrechte FIDH von Angehörigen der malischen Armee im Kriegsgebiet im Norden Malis in Sevare, Mopti, Niono und anderen Ortschaften begangen worden sein sollen und die der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, am 24. Januar 2013 als in keiner Weise akzeptabel kritisiert hat, und wie will die Bundesregierung ausschließen, dass unter den beteiligten Soldaten der malischen Armee auch solche waren, die von Soldaten der Bundeswehr in der Vergangenheit ausgebildet wurden oder in Zukunft wie geplant ausgebildet werden?
46. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unter welchen Umständen plant die Bundesregierung, die derzeit ausgesetzte Ausstattungshilfe für die malischen Streitkräfte fortzuführen, und welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung in diesem Zusammenhang zum aktuellen Ausstattungsgrad der malischen Armee vor?
47. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung bei der Formulierung der Sanktionen gegen den Iran (speziell den Zahlungsverkehr betreffende) getroffen, um sicherzustellen, dass durch sie die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten nicht eingeschränkt wird, und welche Maßnahmen ergreift sie, um die immer wieder auftretenden Probleme (vgl. u. a. „Die Kranken warten“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. November 2012) bei der Bezahlung von in den Iran exportierten, lebensnotwendigen

gen Medikamenten (wie sie beispielsweise der Verein Deutsch-Iranische Krebshilfe e. V. organisiert) zu beheben?

48. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.)
- Aufgrund welcher Kriterien entscheidet die Europäische Union über die in der jüngsten Ratsentscheidung (2013/44/GASP) angekündigte Verlagerung welcher Elemente der EU-Ausbildungsmission EUTM Somalia vom derzeitigen Ausbildungsstandort in Bihanga (Uganda) nach Somalia?
49. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.)
- Welche Gründe waren ausschlaggebend für die deutsche Zustimmung zur Anpassung bzw. Ausweitung des bisherigen EU-Mandats, und welchen konkreten Beitrag will die Bundesregierung im Rahmen von EUTM Somalia künftig übernehmen?
50. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Unterschiede führen dazu, dass die Bundesregierung für die EU-Ausbildungsmission EUTM Somalia selbst jetzt, wo diese schrittweise nach Somalia verlegt werden soll, kein Mandat des Deutschen Bundestages für nötig erachtet, im Falle der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali ein solches Mandat hingegen für nötig hält, und beziehen sich diese Unterschiede eher auf die Gefährdungslage oder die Unmittelbarkeit der Einbeziehung in einen bewaffneten Konflikt?
51. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt die Bundesregierung, dass sie auf meine Mündliche Frage zu den Umständen des Abschusses eines türkischen Kampfflugzeugs am 22. Juni 2012 (Plenarprotokoll 17/203) an der türkischen Darstellung trotz angeblich fehlender eigener Erkenntnisse und ausbleibender Veröffentlichung eines türkischen Untersuchungsberichtes festhielt, wonach „das unbewaffnete Aufklärungsflugzeug im internationalen Luftraum durch eine Luftabwehr rakete abgeschossen“ worden sei, während die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Aktuell, Januar 2013, Ausgabe 1) mittlerweile eindeutig feststellt, dass „ein türkischer Jet in syrischem Luftraum abgeschossen“ wurde, nachdem „türkische Flugzeuge die syrische Luftabwehr ‚testeten‘ und „die Türkei schon bald einräumen [musste], dass ihre jeweilige Darstellung unrichtig war“?

52. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die laut Artikel vom 14. Januar 2013 im „Münchener Merkur“ („Syrische Oppositionelle zur ‚Siko‘ eingeladen“) zur Sicherheitskonferenz vom 1. bis 3. Februar 2013 in München eingeladenen syrischen Oppositionsgruppen zu den Gruppen gehören, die im syrischen Bürgerkrieg, wie Human Rights Watch jüngst berichtete, Kindersoldaten einsetzen oder mit solchen Gruppen zusammenarbeiten?
53. Abgeordnete
**Viola von
Cramon-Taubadel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Staaten haben der Bundesregierung Interesse an der Hinterlassung von militärischem Gerät im Rahmen des geplanten Rückzugs der Bundeswehr aus Afghanistan signalisiert, und mit welchen Staaten führt die Bundesregierung bereits entsprechende Gespräche bzw. strebt sie diese an?
54. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie verläuft nach Kenntnis der Bundesregierung das (bisherige und künftige) Beratungsverfahren über das Gesetzgebungsverfahren in der Russischen Föderation, das ein Verbot von homosexueller Propaganda vorsieht, und wie reagiert die Bundesregierung darauf?
55. Abgeordnete
**Marieluise
Beck**
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
In welcher Form hat sich die Bundesregierung bemüht, auf das Gesetzgebungsverfahren in der Russischen Föderation zu einem Verbot homosexueller Propaganda einzuwirken, und welche Wege sieht sie, ihrem strategischen Partner Russland zu bedeuten, dass sie eine solche Gesetzgebung als diskriminierend ansieht und die geplante Gesetzgebung gegen die gemeinsam im Europarat beschlossenen Grundrechte verstoßen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

56. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die aktuelle Materialsammlung der Innenministerkonferenz zum NPD-Verbot auch Äußerungen oder Verhaltensweisen von Personen aus dem NPD-Bereich bzw. von NPD-Funktionsträgern enthält, die irgendwann einer Sicherheitsbehörde als Vertrauensperson, Informationsmittler o. Ä. im NPD-Umfeld dienten, oder die in solcher Funktion die Äußerungen der zitierten Personen veranlassten, und welche Fol-

gerungen zieht die Bundesregierung für ihre anstehende Entscheidung, ob auch sie ein Verbot der NPD beantragen will, hinsichtlich der Erfolgsaussichten eines solchen Antrags aus der kürzlichen Äußerung des neuen Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), das Bundesverfassungsgericht müsse sich dabei „entscheidend“ an der EGMR-Rechtsprechung orientieren sowie an dessen „Prinzip der Verhältnismäßigkeit ... [wonach] das angestrebte Ziel – also die Bekämpfung einer Gefahr, die von einer extremistischen Partei ausgeht – in einem angemessenen Verhältnis zu dem gravierenden Eingriff in deren politische Freiheitsrechte stehen“ (Süddeutsche Zeitung vom 2. Januar 2013)?

57. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Aussage des stellvertretenden Vorsitzenden der türkischen Regierungspartei AKP Mehmet Ali Şahin, dass es auch in Deutschland Anschläge auf kurdische Aktivisten geben könne (vgl. www.n-tv.de vom 21. Januar 2013), wie es in den vergangenen Wochen in Paris geschah?
58. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen oder Hinweise der deutschen Sicherheitsbehörden liegen der Bundesregierung im Einzelnen diesbezüglich vor, und welche Sicherheitsvorkehrungen wurden getroffen?
59. Abgeordnete
Susanne Kieckbusch
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie geht die Bundesregierung mit dem verständlichen Wunsch auf Nachzug der zurückgelassenen, inzwischen alten und gebrechlichen Familienmitglieder aus den Dörfern in der Türkei um, die aufgrund der Gastarbeiterpolitik Deutschlands in den 1960er-Jahren die meisten der jungen Menschen durch Wegzug verloren haben?
60. Abgeordnete
Susanne Kieckbusch
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist die Situation in den anderen Ländern, aus denen Deutschland in den 1960er-Jahren hauptsächlich Gastarbeiter „rekrutierte“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

61. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Einnahmeausfälle sind im Energie- und Klimafonds 2013 jeweils zu erwarten, wenn der Preis von Emissionszertifikaten für den Rest des Jahres beim aktuellen Stand von rund 4 Euro verharrt oder auf den am 24. Januar 2013 registrierten Tiefstpreis von unter 3 Euro absinkt, und kann ein Ausfall in dieser Größenordnung durch andere von der Bundesregierung geplante Maßnahmen aufgefangen werden?
62. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wann die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) der Öffentlichkeit die vollständige Studie zur Belastung der Spree mit Eisenhydroxid und Sulfat zugänglich machen wird, nachdem die Ergebnisse am 8. Januar 2013 vorgestellt wurden, und wenn sie eine vollständige Veröffentlichung nicht beabsichtigt, warum tut sie das nicht?
63. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form haben die Bundesregierung und nach Kenntnis der Bundesregierung die Deutsche Bundesbank die Aktivitäten der chinesischen Zentralbank zur Bekämpfung und Aufdeckung von Geldfälschung unterstützt, obwohl Geldfälscher/-innen in China mit der Todesstrafe rechnen müssen (zum Beispiel: <http://news.yahoo.com/chinese-man-sentenced-death-counterfeit-currency-worth-us-141328195.html>), und wie haben sie sich dabei zusichern lassen, dass ihre Aktivitäten nicht zu Todesstrafen führen?
64. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Geldbetrag nach § 398a Nummer 2 der Abgabenordnung (AO) steuer- und abgabenrechtlich einzuordnen, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, den § 371 AO zielgerichteter auszugestalten, um Fälle auszuschließen, bei denen z. B. infolge einer nicht absichtlich (objektiv) unrichtigen Umsatzsteuervoranmeldung ungewollte Konsequenzen entstehen?

65. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob und inwieweit Gruppenanfragen zur Aufklärung von Steuerpflichten an die Schweiz auch für Sachverhalte vor 2013 möglich sind, und inwieweit wird die Bundesregierung nach dem Scheitern des Steuerabkommens mit der Schweiz zukünftig den Ankauf von Steuer-CDs unterstützen?
66. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche einzelnen Maßnahmen des Jahressteuergesetzes 2013 (JStG 2013), falls dieses endgültig scheitert, plant die Bundesregierung durch andere Gesetze umzusetzen, und wie plant die Bundesregierung bei einem endgültigen Scheitern, die in den Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 19. Dezember 2012 (IV C 5 – S 2363/07/0002-03), wonach der § 52b des Einkommensteuergesetzes (EStG) ab dem Kalenderjahr 2013 in der Fassung des JStG 2013 zu beachten ist, und vom 28. Dezember 2012 (IV C 1 – S 2000/11/10016 :007), wonach die Kapitalertragsteuererhebung gemäß den §§ 43 bis 45d EStG entsprechend dem Gesetzesbeschluss zum JStG 2013 für nach dem 31. Dezember 2012 zugeflossene Erträge anzuwenden ist, vorweggenommenen Bezüge zum JStG 2013 auf eine geltende Gesetzesgrundlage zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

67. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise unterstützt die Bundesregierung das Jahr „Selbstbestimmt dabei. Immer.“ gegen die Diskriminierung behinderter Menschen, welches am 22. Januar 2013 u. a. vom Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, ausgerufen wurde (bitte geplante Aktivitäten und zur Verfügung stehende Finanzmittel nennen)?
68. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Warum hat die Bundesregierung entgegen der öffentlichen Ankündigung der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen (siehe Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 4. November 2010), den neuen Behindertenbericht nicht im Herbst 2012 vorgelegt, und bis wann wird der Deutsche Bundestag diesen Bericht nach derzeitiger Planung erhalten?

69. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Inwiefern besteht die Möglichkeit, wegen des akuten Fachkräftebedarfs an Erzieherinnen und Erziehern die Gültigkeit von Bildungsgutscheinen bezüglich der regelmäßig drei Jahre betragenden Erzieherinnen- und Erzieherausbildung von zwei auf drei Jahre auszuweiten?
70. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Aufgrund welcher Regelung im Einigungsprozess wurden die Schadenersatzzahlungen eingestellt, die Arbeitnehmer in der DDR erhielten, wenn sie durch eine Berufskrankheit berufsunfähig wurden, und was spricht – auch angesichts des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Februar 2007 über den Bestand von Verwaltungsentscheidungen der DDR (Az. 1 BvR 1982/01) – gegen eine Wiederaufnahme der Zahlungen und gegen eine Entschädigung für die letzten 20 Jahre?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

71. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Plant die Bundesregierung, vor dem Hintergrund des Mehraufwandes und der heutigen Personalstruktur der Zentralen Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS), die Forderung der Gesellschaft für Virologie e. V. vom 18. Januar 2013, für alle Experimente mit möglicherweise vergleichbarem Risikopotenzial wie bei Experimenten mit gentechnisch veränderten Viren – für welche die ZKBS bereits heute vorab eine Risikoanalyse durchführt – ebenfalls eine Risikoeinstufung durch die ZKBS zur Verpflichtung zu machen, und wenn nein, warum nicht?
72. Abgeordnete
Waltraud Wolff
(**Wolmirstedt**)
(SPD)
- Welche Maßnahmen schlägt die Bundesregierung in Anbetracht der Aussage des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, über die 2010/2011 im Sektor Landwirtschaft beschlossenen Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen hinaus vor?*

* Siehe auch Frage 6.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

73. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Einfluss hat die in den jüngsten Direktflügen des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, und des Bundespräsidenten, Joachim Gauck, nach Masar-i Sharif zum Ausdruck kommende geänderte Sicherheitslage in Afghanistan auf die Entscheidung der Bundesregierung, am Flughafen Termes als strategischem Lufttransportstützpunkt der Bundeswehr festzuhalten, und welche Argumente sprechen gegen eine mögliche Nutzung von Flughäfen in Kirgistan, auf die der kirgisische Präsident bei seinem jüngsten Berlin-Besuch hinwies?
74. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, ob die Bundeswehr im Rahmen des ISAF-Einsatzes konfliktbezogene Inhaftierte (conflict-related detainees) seit 2012 an afghanische Gefängnisse oder sonstige Einrichtungen ausgeliefert hat, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Inhaftierten nach ihrer Auslieferung nicht gefoltert werden?
75. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Pläne hat die Bundesregierung für ein verstärktes militärisches Engagement in Mali vor dem Hintergrund der Aussage der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 21. Januar 2013, eine eventuelle Intervention in Mali sei Sache der nächsten Legislaturperiode (www.liberation.fr/politiques/2013/01/21/a-berlin-hollande-et-merkel-interpeles-par-la-jeunesse-s-il-vous-plait-aidez-nous_875655)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

76. Abgeordnete
Beate Walter-Rosenheimer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie konkret und mit welchem Zeitplan will die Bundesregierung eine Integration von Müttern mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt erreichen?

-
77. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Effekt haben nach Ansicht der Bundesregierung Maßnahmen wie das Betreuungsgeld oder das Ehegattensplitting im Hinblick auf Integration von Müttern mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt, und wie begründet die Bundesregierung dies?
78. Abgeordneter
**Dr. Axel
Troost**
(DIE LINKE.)
- Wird im Rahmen der Ermittlung der Steuerabzüge für das Elterngeld nach § 2e des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) der Sonderausgabenpauschbetrag berücksichtigt, und welche weiteren Abweichungen gegenüber dem aktuellen Programmablaufplan 2013 (Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 19. November 2012, IV C 5 – S 2361/12/10001) werden bei der Ermittlung der Steuerabzüge nach § 2e BEEG vorgenommen?